

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Kuchel'sches Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241
Nur für Nachgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bezug monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen wider Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Berühmte 25 % Vorzugsplätze laut Zeitl. Kurzwortige Aufträge gegen Vorauszahlung. Gesamtsumme 70 Bl.

Schreiberei und Satzerei: Kuchel'sches Dresden.
Truck u. Verlag von Hefsch & Reichardt in Dresden.
Telef.-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Regina-Palast

5-Uhr- Tee Restaurant ersten Ranges Abend-Ronquet

„Wollenhaus-Str. 22“

Jeden Dienstag u. Freitag vornehmster Gesellschaftstanz

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,

Kommanditgesellschaft

Fernsprecher: 14031, 14032, 14033 12 Schreiberbergasse 12 Fernsprecher: 29604

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Ernst Lange

Koffer- u. Taschenfabrik

König-Johann-Str. Pinnacher-Platz

Die Ergebnisse von Boulogne.

Englisch-französische Einigung über das Programm für Genua.

Paris, 26. Febr. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet folgende Einzelheiten über die Beratungen Lloyd Georges mit Poincaré: Drei besonders wichtige Fragen seien nunmehr geregelt:

1. Die Genueiser Konferenz könne die in Frankreich seit dem Frieden

unterzeichneten Verträge

nicht mehr in Frage stellen, also nicht nur den Versailler Friedensvertrag, sondern auch die in Trianon, St. Germain und Neuilly geschlossenen Verträge, deren volle Aufrechterhaltung von den Staaten der Kleinen Entente verlangt wird. Es werde das auch mit dem Verträge von Sevres der Fall sein, der noch nicht ratifiziert sei und der noch den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen bilde. Auf der Genueiser Konferenz könnten auch Verträge, welche die Sowjetregierung mit den von dem ehemaligen Rußland abgetrennten Staaten abgeschlossen hat, nicht zur Debatte gestellt werden. In dieser Hinsicht sei auch Artikel 6 des Genueiser Beschlusses, der ausdrücklich erkläre: „Alle Länder müssen gemeinsam die Verantwortung übernehmen, sich jedes Angriffes auf ihre Nachbarn zu enthalten“, formell festgestellt worden. Hierdurch solle

das Recht auf Sanktionen,

namentlich etwa notwendig werdende neue territoriale Besetzungen in Deutschland, vollkommen gesichert bleiben. Es handle sich nur darum, den Artikel 10 des Völkerbundstatuts zu erneuern, indem man ihn auf die Nationen ausdehne, die, wie Rußland und Deutschland, dem Völkerbund noch nicht angehören. Es scheint auch, daß nach Meinung Englands die Kontrolle sich auch unmittelbar auf die Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland beziehen.

2. In allgemeinerer Form könne die Genueiser Konferenz den Ansprüchen der Alliierten auf

die Reparationen

keinen Abbruch tun; weder ihre Höhe noch ihre Art könnten dort in Frage gestellt werden.

Endlich 3.

Die Rechte des Völkerbundes

sollen in Genua nicht eingeschränkt werden. Diesem Organismus würden die alliierten Regierungen das Studium der Probleme, die der Genueiser Konferenz vorliegen, übermitteln, wenn Deutschland und Rußland ihm angeschlossen. Nach dem „Matin“-Berichterstatter soll Frankreich vollkommen geneigt sein, Deutschland und auch später Sowjetrußland in den Völkerbund zuzulassen, da die Genueiser Konferenz dem Völkerbund die erforderlichen Grundlagen liefern werde, um die politische Haltung dieser beiden Staaten abzuwägen. Gewisse Entscheidungen der Genueiser Konferenz könnten dem Völkerbund zur Ausführung überlassen werden. Auf alle Fälle solle aber die Genueiser Konferenz sich nicht zu einem ständigen Organismus anschlüssen, der mit dem Völkerbund in Wettbewerb träte.

Die Sowjetregierung könne aus der Tatsache ihrer Zustimmung in Genua ihre Anerkennung als Regierung nicht folgern. Diese Frage werde bis zum Schluß der Beratungen zurückgestellt, und jede Regierung behalte nach dieser Richtung ihre volle Handlungsfreiheit. Was die russischen Schulden anbetrifft, so müsse die bolschewistische Regierung die Staatsschulden der vorausgehenden Regierungen übernehmen.

Das Problem der europäischen Abrechnungen

werde in Genua nicht gestellt, da Deutschland die im Versailler Friedensvertrag vorgesehene Verpflichtung noch nicht vollkommen erfüllt habe. Die alliierten Sachverständigen würden ebenfalls Ende dieser Woche in London zusammentreten, um die finanziellen, wirtschaftlichen und Verkehrsprobleme, die auf der Genueiser Konferenz behandelt werden sollen, technisch vorzubereiten. Es dann betont der Berichterstatter der Agentur Havas, daß Lloyd George bei Poincaré sehr darauf gedrungen habe, daß er selbst Frankreich, wenigstens in den zwei oder drei ersten Wochen, verreise, da auch er, Lloyd George, nicht die Absicht habe, längere Zeit in Italien zu bleiben. Es sei also nicht unmdglich, daß Poincaré sich nach Genua begeben werde.

Schließlich wird noch hervorgehoben, daß Poincaré und Lloyd George auch das Problem des französisch-britischen Schutzvertrages in Boulogne angeschnitten hätten, aus Mangel an Zeit sei man jedoch in eine eingehende Verhandlung nicht eingetreten; anscheinend werde nunmehr eine einfache Anleihe genügen, um den englischen und den französischen Standpunkt miteinander in Einklang zu bringen. Vielleicht werde sich Poincaré vor der Genueiser Konferenz nach London begeben, um dieses Abkommen festzulegen. Nach einigen Morgenblättern soll bekannt worden sein, daß die Willigkeit des Vertrages über die Dauer der Besetzung der Rheinlande verlängert werde. Die beiden Ministerpräsidenten seien, so sagt der Berichterstatter von Havas, zu dem Schluß gekommen, daß eine Einheitsfront der beiden Nationen auf der Konferenz unerlässlich sei, um den Erfolg ihres Programms für den Wiederaufbau und für die Gewährleistung des Friedens sicherzustellen, an dem Frankreich ebenso wirkungsvoll mitarbeiten wolle, wie die anderen europäischen Mächte. (wtb.)

Das französische amtliche Communiqué.

Paris, 26. Febr. Lloyd George ist um 7 Uhr 5 Min. von Boulogne wieder abgereist. Am Ende der Konferenz wurde ein Communiqué fertiggestellt und den englischen Journalisten vorgelesen. Die von Havas verbreitete Fassung des Communiqués lautet:

Herr Lloyd George und Herr Poincaré haben sich heute in Boulogne auf der Unterpfadstraße getroffen, wo sie eine mehr als drei Stunden lange Unterhaltung hatten, in deren Verlauf sie in dem Geiste größter Neutralität eine gewisse Zahl von Problemen geprüft haben, die augenblicklich vor den Verbündeten stehen.

Die beiden Premierminister haben sich besonders mit der Konferenz von Genua beschäftigt und sind vollständig über die politischen Garantien übereingekommen, die zu erreichen sind, damit weder den Prärogativen des Völkerbundes, noch den mit Frankreich geschlossenen Verträgen, noch den Rechten der Verbündeten auf Wiedergutmachung Abbruch geschieht. Die Sachverständigen werden in London innerhalb eines kurzen Zeitraumes zusammentreten, um die wirtschaftlichen und technischen Fragen zu prüfen.

Die italienische Regierung wird gebeten werden, die Konferenz von Genua zum 10. April einzuberufen.

Herr Lloyd George und Herr Poincaré haben sich sehr freundschaftlich über alle Punkte, die sie behandelten, verständigt, und sie haben aus ihrer Unterhaltung die Gewissheit mitgenommen, daß die Verständigung zwischen England und Frankreich in allen internationalen Fragen verufen ist, bald sehr fruchtbar Resultate zu zeitigen. Sie haben ferner die Gewissheit bekommen, daß keinerlei Schwierigkeiten politischer Art die beiden verbündeten Nationen verhindern werden, zusammen in gegenseitigen Vertrauen an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Konsolidierung des Friedens zu arbeiten.

Nach der Abreise Poincarés hat Lloyd George die englischen Journalisten empfangen, den freundschaftlichen Charakter seiner Diskussion mit Poincaré unterstrichen und betont, daß sie sich in voller Uebereinstimmung abgehandelt hätten. Lloyd George hat dann hinzugefügt, er sei mit Poincaré dahin übereingekommen, sofort nach Neubildung des italienischen Kabinetts eine Konferenz zwischen England, Frankreich und Italien einzuberufen, um die Fragen des nahen Ostens zu regeln.

Die Pariser Presse zur Zusammenkunft.

Paris, 26. Febr. Die Pariser Presse setzt sich von dem Ergebnis der gestrigen Beratungen in Boulogne sehr befriedigt. Der „Matin“ schreibt: Die Boulogner Zusammenkunft, so kurz sie auch gewesen sei, werde eine bedeutende Wirkung in der Welt ausüben. Sie zeige den Alliierten Frankreichs in Mitteleuropa, daß sie nicht zu befürchten hätten, in Genua zwischen einer französischen und einer englischen Politik zu wählen. Sie werde Sowjetrußland und Deutschland beweisen, daß jeder Versuch, in Genua auf eine Uneinigkeit zwischen den Verbündeten zu rechnen, ein vergebliches Bemühen wäre. Endlich werde sie den Amerikanern in Amerika zeigen, daß eine große Annäherung zwischen einer Entspannung in den letzten Tagen zwischen London und Paris gemacht worden sei, damit ein Europa wiederaufgebaut werde, mit dem man in Ruhe arbeiten könne. — „Deux“ führt aus: Nach Regelung der mit der Genueiser Konferenz in Zusammenhang stehenden Hauptfragen habe Lloyd George darauf gedrungen, daß das französisch-englische Garantieabkommen besprochen werde. Poincaré habe sich einer Besprechung dieses wichtigen, aber heiklen Gegenstandes entzogen. Nichtsdestoweniger habe der englische Premierminister Wert darauf gelegt, ihm darzutun, daß das Abkommen nicht die Gefahr einer militärischen Uebereinstimmung haben dürfe, und daß es im wesentlichen einen moralischen Charakter erhalten müsse. Es solle also das Abkommen angenommen werden, das Briand vorgeschlagen worden sei. England habe weder die Absicht, noch die Möglichkeit, den Franzosen ein anderes zu bieten.

Der Erfolg Lloyd Georges.

London, 26. Febr. Die Sonntagspresse beschäftigt sich eingehend mit dem in Boulogne zwischen den beiden Präsidenten eingeleiteten vollständigen Uebereinkommen und hebt den Erfolg Lloyd Georges hervor. Der Sonderberichterstatter der „London Times“, der Lloyd George auf seiner Reise begleitet hat, meldet, die Zusammenkunft sei ein voller Erfolg gewesen. Poincaré habe eine unerwartete Reizung zur Verfügbarmkeit gezeigt. Lloyd George äußerte sich in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter auf der Rückfahrt nach England, er sei außerordentlich erfreut über den Verlauf, den die Erörterung genommen habe. Er habe erklärt, daß, mit Ausnahme des Angora-Vertrages, über den in Anwesenheit eines italienischen Vertreters noch gesprochen werden würde, alle zwischen England und Frankreich bestehenden Meinungsverschiedenheiten weggefallen worden seien. — Auch der Sonderberichterstatter des „Observer“, der ebenfalls mit Lloyd George nach Frankreich geschritten war, stellt das Ergebnis der Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten als einen Erfolg Lloyd Georges dar. Er sagt, Poincaré habe auf die Frage Lloyd Georges, ob Frankreich bereit sei, nach Genua auf der Grundlage des Programms von Cannes zu gehen, mit Ja geantwortet. Es sei nicht schwer gewesen, Poincaré zu überzeugen, daß seine Verpflichtungen bezüglich des Völkerbundes, der Verträge und der Reparationen unbearbeitet sei. (wtb.)

Die Pläne des Wiederaufbauprogramms.

Deutschland mit 20 v. H. beteiligt.

London, 26. Febr. Wie jetzt bekannt wird, drehte es sich bei den Verhandlungen über die Errichtung eines europäischen Wiederaufbauprogramms vor allem darum, ob dem Konsortium ein staatlicher oder ein privater Charakter verliehen werden sollte. Während sich die Italiener zu dieser Frage nicht direkt äußerten, traten die Engländer für das Staatliche, die Deutschen, Franzosen und Belgier für das Privatkapital ein. Dieses wird in verschiedener, ebenfalls private Unterfundate herfallen, an denen sich die einzelnen Staaten jedoch weitgehend beteiligen dürfen. Für die rechtlichen Sicherheiten der Gesellschaft in Rußland sollen politische Vereinbarungen mit der Sowjetregierung getroffen werden. Die japanischen und amerikanischen Vertreter lehnen eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen ab, wollen aber ebenso wie die Deutschen gegen jeden monopolartigen Charakter des Syndikates Einspruch erheben. Das Recht, eigene Geschäfte abzuschließen, erhält das Syndikat nicht. Es hat nur eine Vermittlerrolle bei der Verteilung von Aufträgen an die Unterfundate zu spielen. Dies erfolgt nach einem bestimmten Schlüssel. In diesem Punkte werden die Staaten in zwei Gruppen eingeteilt. Der ersten Gruppe der wirtschaftlich leistungsfähigeren Staaten gehören England, Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien an, der zweiten Gruppe die Tschechoslowakei, die skandinavischen Staaten, Polen und die baltischen Staaten, eventuell auch Rumänien und Bulgarien. Kein Staat erhält irgendein Antragsrecht allein auszuweichen. Die deutschen Delegierten beantragten, entsprechend der etwa 50prozentigen Beizahlung Deutschlands am Import Rußlands vor dem Kriege, mindestens eine 40prozentige Beteiligung an diesem Schlüssel. Von französischer Seite wurden 12 Prozent, von englischer 20 Prozent für Deutschland vorgeschlagen. Der Schlüssel ist noch nicht endgültig festgesetzt, doch dürfte die Verteilung etwa folgende Norm erhalten: England und Deutschland je 20 Prozent, Frankreich und Italien je 15 Prozent, Belgien 10 Prozent.

Der Rest von 20 Prozent wird auf die übrigen kleinen Staaten verteilt. Die Kredite für die Durchführung dieser Unterträge müssen von einzelnen Unterfundaten aufgebracht werden. Aber auch hierüber ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt, da die deutschen Sachverständigen diese Form der Kreditterteilung für Deutschland als undurchführbar bezeichneten.

Neue Wirtschaftskrise in England.

London, 26. Febr. „Observer“ berichtet, daß eine neue undurchsehbare Krise drohe. Der Verband der Arbeitgeber der Maschinenindustrie habe die allgemeine Auslieferung für den 11. März angezogen. Es bestehe die Gefahr, daß es auch in der Schiffbauindustrie infolge Vorkaufverträgen zu einer Auslieferung kommen werde. (wtb.)

Das Kabinett de Facto.

Rom, 26. Febr. Vacca hat dem König die Liste des neuen Kabinetts unterbreitet, die der König billigte. Das Ministerium leht sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Anselmo De Ameglio; Minister für die Kolonien: Antonio Amendola; Justiz: Luigi Rossi; Finanzen: Antonio Amendola; Krieg: Luigi Rossi; Marine: Antonio Amendola; Unterrichtsminister: Antonio Amendola; Arbeitsminister: Antonio Amendola; Handel und Industrie: Antonio Amendola; Arbeit und Versorgung: Antonio Amendola; Post: Antonio Amendola; befreite Gebiete: Antonio Amendola.

Rom, 26. Febr. Das neue Kabinett leht sich zusammen aus acht Demokraten, und zwar den Deputierten Vacca, Peano, Luigi Rossi, De Ameglio, Amendola und den Senatoren Schaner und Antonio Amendola, sowie Mitgliedern der katholischen Volkspartei, und zwar dem Deputierten Antonio Amendola, und dem Abgeordneten Antonio Amendola, einem Reformisten, dem Abgeordneten Antonio Amendola, und einem Mitglied der liberalen Rechten, dem Abgeordneten Antonio Amendola. (wtb.)

Die italienische Presse und das neue Kabinett.

Rom, 26. Febr. (Zitieren) Das neue Kabinett findet in fast allen Blättern eine günstige Aufnahme. Die Blätter erkennen an, daß Vacca bei der Bildung der Regierung große Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Sie erklären, daß das neue Kabinett die Mehrheit der Kammer erhalten werde, da es von den vier Hauptparteigruppen, den Demokraten, der katholischen Volkspartei, der Rechten und den Reformisten, unterstützt werde. (wtb.)

Eine Komreise Rathenaus?

Rom, 26. Febr. Das „Giornale d'Italia“ meldet, daß der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau demnächst, d. h. wenn das neue Kabinett endgültig gebildet ist, zu einer Begegnung mit der Regierung nach Rom kommen werde. (Eine Reklamation der Meldung liegt noch nicht vor.)

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Politische Brandstiftung auf einer Grube. Gleiwitz, 25. Febr. Gestern Abend brach auf der Gleiwitzer Grube in einem Zimmerschicht ein Brand aus, der sich auf einen Stapel und einen Brandsticht ausdehnte. 75 Mann, die sich in dieser Grube befanden, wurden durch Kohlenoxydgase betäubt. Es gelang, sie ins Leben zurückzurufen. Heute ist in der 185-Meter-Tiefe, in der Nähe eines starken Kohlenlagers, abermals Feuer ausgebrochen. Nach den bisherigen Feststellungen ist Brandstiftung anzunehmen, die auf politische Motive zurückgeführt wird.